

Ungarn

Reformansätze zeigen Wirkung

BUDAPEST (owr/gtai)--Unter den OECD-Ländern war 2008 die Differenz zwischen den Bruttokosten eines Arbeitsplatzes und dem Nettoentgelt - einschließlich Sozialhilfen - für einen Arbeitnehmer nur noch in Belgien höher als in Ungarn. Diese Differenz wurde von Anfang 2009 bis 2010 von durchschnittlich 55% auf rund 47% abgebaut. Budapest erwartet als Folge eine Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit des Landes. Zudem rechnet die OECD längerfristig mit günstigen Folgen für die Beschäftigung.

Ungarn hat 2009 eine Umstellung weg von der starken Besteuerung des Faktors Arbeit hin zu einer Erhöhung der Verbrauchersteuern eingeleitet. Laut Kalkulationen des ungarischen Finanzministeriums ist zu erwarten, dass die Beschäftigtenzahl auf längere Sicht um 0,5% höher ausfallen wird als ohne diese Umstellungen. Zu den Maßnahmen gehörte, dass die Lohnnebenkosten für die Arbeitgeber schrittweise gesenkt und der Regelsatz der Mehrwertsteuer sowie andere Verbrauchsteuern erhöht wurden.

Dazu kamen Umstellungen in der Einkommensteuer. Den größten Anteil am „Steuer- und Abgabenkeil“ hatten in Ungarn bislang die Sozialversicherungsabgaben der Arbeitgeber; dieser war 2008 laut OECD in Ungarn wesentlich höher als in Deutschland. Hier ist eine Wende eingeleitet worden. Die OECD mahnt aber weitere Schritte an und spricht sich dabei für eine „Verschärfung“ der Vermögensbesteuerung aus. Die Anfang 2010 eingeleiteten ersten Schritte in diese Richtung sind allerdings von Ungarns Verfassungsgericht gestoppt worden. Neue Initiativen der Politik, um die vom Gericht erkannten Hindernisse aus dem Weg zu räumen, zeichnen sich nicht ab.

Zu den eingeleiteten Reformen gehört zudem eine Umstellung der Wohnungsbauförderung: Das entsprechende Förderprogramm summierte sich 2008 allein für Zinssubventionen auf einen Betrag, der 0,7% des Bruttoinlandsproduktes ausmachte. Von großen Teilen der Bevölkerung wurde das Programm missbräuchlich in Anspruch genommen. Die Subventionen erreichten im Zeitraum 2000 bis 2008 zusam-

mengerechnet mehr als 5 Mrd EUR. Seit Mitte 2009 hat Ungarn ein neues Fördersystem, das Zinssubventionen nur noch für junge und kinderreiche Familien vorsieht. Direkte Zuschüsse sind ganz wegfallen.

Änderungen hat es zudem für den öffentlichen Dienst Ungarns gegeben, der laut OECD-Analysen zu den ineffizientesten im Kreis der neuen EU-Mitgliedsländer gehört. Nur die skandinavischen Staaten haben in der EU einen höheren Anteil des öffentlichen Dienstes an der Gesamtbeschäftigung. Inzwischen wurde aber ein Stellenabbau eingeleitet. Zudem wurden Zulagen zusammengestrichen, das 13. Monatsgehalt abgeschafft und strikte Gehaltsgrenzen festgelegt. 2009 bildeten sich die Gehälter im öffentlichen Sektor real um annähernd 9% zurück bei gleichzeitiger Stagnation im Privatsektor. Aus dem Stellenabbau wurde als Folge von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen 2009 allerdings wieder eine - vorübergehende - Aufstockung des öffentlichen Sektors, die bis Oktober gut 3% gegenüber gleichem Vorjahreszeitraum erreichte.